Wahlprüfsteine

des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen Anhalt, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung – Diözesanverband Magdeburg und der Katholischen Frauengemeinschaft – Diözesanverband Magdeburg

„ES IST AN DER ZEIT – FAMILIEN HABEN DIE WAHL“

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Politik kann nicht alles, aber mit dieser Wahl verbinden sich in den politischen Auseinandersetzungen höchst unterschiedliche Erwartungen darüber, wie es mit Deutschland weiter gehen soll.

Damit es mit Deutschland weiter geht, braucht es Familien als Fundament unserer Gesellschaft. Diese Einsicht wächst bei politisch Verantwortlichen, wenn auch die politischen Konsequenzen von ihnen unterschiedlich gezogen werden. Noch sind Familien aber in unserer Gesellschaft massiv benachteiligt. Deshalb ist **es an der Zeit**, dass die Interessen von Familien neu in den Mittelpunkt rücken.

Wir – der Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt, die Katholische Arbeitnehmerbewegung – Diözesanverband Magdeburg und die Katholische Frauengemeinschaft – Diözesanverband Magdeburg, möchten mit Wahlprüfsteinen Politikerinnen und Politikern Gelegenheit geben, sich zu familienpolitisch bedeutsamen Themen zu äußern und den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit eröffnen, sich über die politischen Absichten der Kandidatinnen und Kandidaten zu orientieren.

Dr. Reinhard Grütz	Matthias Ullrich	Annette Thaut
Geschäftsführer Familienbund	KAB-Diözesanvorsitzender	stellv. kfd-Sprecherin

1. Familienleistungsausgleich

Familien leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt und den Fortbestand unserer Gesellschaft. Im Vergleich zur Erwerbsarbeit fällt eine Honorierung von Familienarbeit aber kaum ins Gewicht.
In den politischen Debatten werden zurzeit beispielsweise als weiterführende Lösungsansätze ein einkommensabhängiges Elterngeld oder ein einkommensunabhängiges Familiengeld diskutiert.
Für uns ist es wichtig, dass Familienarbeit und insbesondere die Erziehungsleistung als ein eigenständiger Wert – auch und gerade für die Gesellschaft – honoriert und dass Eltern in die Lage versetzt werden, sich zwischen Familie und Beruf oder für bestimmte Mischungsverhältnisse aus beiden Bereichen zu entscheiden. Wir setzen uns deshalb für einen einkommens- und erwerbsarbeitszeitunabhängigen Bezug eines erhöhten Erziehungsgeldes ein, für die Beibehaltung des Ehegattensplittings oder dessen Weiterentwicklung zum Familiensplitting und die Anhebung der Steuerfreibeträge für Kinder auf die Höhe der Freibeträge von Erwachsenen sowie eine Anhebung des Kindergeldes.

Welche Schritte wollen Sie gehen, um Erziehungsleistung von Eltern stärker zu würdigen?
Welchen Stellenwert hat für Sie Familienarbeit für die Gesellschaft und für welche Formen ihrer Anerkennung treten Sie ein?

2. Familiengerechtigkeit in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Eltern leisten mit einer gesundheitsbewussten und gesundheitsfördernden Erziehung einen wichtigen Beitrag für ein nachhaltiges und finanzierbares Krankensystem. Die Kindererziehung ist daher auch für die Krankenversicherung von großer Bedeutung. Familien sind für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Krankenversicherung unersetzbare Leistungsträger; denn nur die Eltern sichern durch die Versorgung und Erziehung ihrer Kinder das „Nachwachsen“ potentieller Beitragszahler.

Zwischen den Parteien gibt es einen heftigen Streit darum, ob in Zukunft das Konzept der Bürgerversicherung oder aber das einer Gesundheitsprämie modellhaft sein soll. Aus unserer Sicht hat sich die bestehende Gesetzliche Krankenversicherung bewährt. In keiner anderen Säule unserer sozialen Sicherungssysteme finden die Erziehungsleistungen von Eltern eine größere Anerkennung. Wir wollen deshalb an der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten und Kindern und an der solidarischen, durch einkommensabhängige Beiträge getragenen, und im Grundsatz paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung festhalten.

Für welches Modell treten Sie in der Reformdebatte zur Gesetzlichen Krankenversicherung ein?
Welche Bedeutung besitzt für Sie der Grundsatz der Familiengerechtigkeit in der Reformdebatte zur Gesetzlichen Krankenversicherung?

3. Solidarität und Familiengerechtigkeit in der Alterssicherung

Der Beitrag, den Familien für die sozialen Sicherungssysteme leisten, wird nirgendwo so deutlich wie in unserer umlagefinanzierten Rentenversicherung: Jede Rentnergeneration ist unmittelbar auf eine nachwachsende Generation angewiesen, die ihre Renten erwirtschaftet. Kinder sind damit von elementarer Bedeutung für die Zukunft der Rentenversicherung, ihre

Eltern unersetzbare Leistungsträger. In der bestehenden Rentenversicherung jedoch wird der generative Beitrag, den Eltern mit der Erziehung der Kinder leisten, nicht ausreichend anerkannt. Im Gegenteil: Das System bestraft gerade diejenigen mit den niedrigsten Rentenzahlungen, die für die Erziehung der Beitragszahler von Morgen auf eigene Erwerbsarbeit verzichten - und obendrein den finanziellen Aufwand für ihre Kinder zu Schultern haben. Dadurch privatisiert die Versichertengemeinschaft die finanziellen Lasten für Kinder in der Gegenwart und sozialisiert ihren Nutzen in der Zukunft.

Wir treten deshalb für ein familiengerechtes und solidarisches System der Alterssicherung ein, bei dem die Erziehungsleistung von Eltern sowohl auf der Beitrags- als auch auf der Leistungsseite adäquat honoriert wird. Deshalb müssen die Anrechnungszeiten der Kindererziehung für die Rentenzahlungen deutlich angehoben werden. Die Rentenbeiträge von Eltern werden durch den Abzug von Kinderfreibeträgen in Höhe des steuerlichen Existenzminimums gemindert. Altersarmut muss durch die Einführung einer bedarfsdeckenden Sockelrente vermindert werden. Zur Finanzierung der Sockelrente werden Rentenbeiträge auf alle Einkünfte erhoben. Die Eigenverantwortung der Arbeitnehmer für ihre Alterssicherung muss gestärkt werden. Dafür müssen sowohl die betriebliche als auch die private Altersvorsorge ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen die staatlichen Begünstigungen der privaten Altersvorsorge für Eltern ausgebaut werden. Die Senkung der Lohnnebenkosten muss für die Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden. Sie sind das beste Instrument, um die materielle Situation von Familien zu sichern und kindbedingte Armut zu vermeiden.

Wie wollen Sie angesichts der bekannten demographischen Entwicklung in Deutschland eine familiengerechte Reform der Rentenversicherung gestalten?
Wie stellen Sie sich eine zukunftsfeste Gestalt der Rentenversicherung vor?

4. Mehrwertsteuererhöhung

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland befinden sich in einer desolaten Lage. Um dem abzuhelfen, werden verschiedene Lösungsansätze zur Einnahmenerhöhung durch Steuern diskutiert. Alle Vorhaben der Politik müssen sich aber am Maßstab der sozialen Gerechtigkeit als Grundlage der sozialen Marktwirtschaft orientieren. Deshalb darf nicht auf der einen Seite der Spitzensteuersatz gesenkt und auf der anderen Seite eine erhöhte Belastung der Familien durch eine Mehrwertsteuererhöhung zugemutet werden.
Untere und mittlere Einkommen müssen einen relativ großen Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben. Deshalb werden diese durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern in besonderer Weise getroffen.
Bereits jetzt steht Familien mit Kindern ein geringeres Durchschnittseinkommen zur Verfügung. Durch die Erhöhung der unabwendbaren Kosten für die Lebensführung, die mit einer Mehrwertsteuererhöhung einhergeht, werden neue soziale Risiken für Familien geschaffen. Bereits in der derzeitigen Situation gelten Kinder vielfach als erhöhtes Armutsrisiko. Diese Tatsache wird durch eine geplante Mehrwertsteuererhöhung forciert.

Treten Sie für eine Mehrwertsteuererhöhung ein?
Wer wird aus Ihrer Sicht durch eine Mehrwertsteuererhöhung belastet?
Wie stellen Sie sich einen familiengerechten Umbau des Steuersystems vor?

5. Studiengebühren

In Deutschland werden gegenwärtig verschiedene Modelle diskutiert, wie eine Verbesserung der Hochschulsituation zu erreichen ist. Zur verbesserten finanziellen Ausstattung der Hochschulen gibt es den Vorschlag der Einführung von Studiengebühren.

Aus unserer Sicht würde dies für einen großen Teil der Menschen eine weitere Hürde errichtet, ihre Bildungschancen wahrzunehmen. Bereits heute kostet ein Erststudium über 60.000 €. Diese Kosten würden sich mit der Einführung von Studiengebühren um min. 10 % erhöhen. Außerdem wären Familien mit mehreren Kindern benachteiligt, da deren finanzielle Leistungskraft durch eine Studiengebühr für mehrere Kinder schnell überschritten ist. Für Kinder aus solchen Familien könnten nur über ein zusätzliches Darlehen die Studiengebühren aufgebracht werden. Für sie würde eine Hochschulausbildung zu einem finanziellen Risiko.
Es ist davon auszugehen, dass insbesondere junge Frauen nach einem Studium wenig geneigt sein werden eine Familie zu gründen, da in der Zeit der Kindererziehung für sie dann keine Möglichkeit besteht, die aufgelaufenen Kosten für das Studium herauszuarbeiten.
Allein durch die Existenz solcher Gebühren würde der freie Zugang zu den Universitäten begrenzt, da sich viele von den finanziellen Risiken abschrecken ließen.
Für Kinder aus allen sozialen Schichten muss der gleiche Zugang zu Bildungseinrichtungen garantiert sein. Studiengebühren fördern nur wirtschaftliche Eliten, nicht aber intellektuelle Ressourcen. Deshalb ist für uns ein gebührenfreies Erststudium ein Ausfluss des Rechts auf Bildung.

Sind Sie für oder gegen die Einführung von Studiengebühren?
Wie bewerten Sie die Familiengerechtigkeit möglicher Studiengebühren?
Für welche weiteren Instrumente treten Sie ein, um die deutschen Hochschulen zukunftstauglich zu machen?

6. Wahlrecht von Geburt an

Derzeit werden in Deutschland 20% der Bevölkerung – nämlich die Kinder – vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen. Durch die demographische Verschiebung ergeben sich in Zukunft immer deutlicher Ungleichheiten bei der politischen Gewichtung der Wählerentscheidungen zum Nachteil der nachfolgenden Generationen. In dreißig Jahren wird voraussichtlich jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein. Die Zukunft der Familien ist nur zu sichern, wenn die Familien durch das uneingeschränkte Wahlrecht für ihre Kinder die Chance erhalten, stärkeren Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen zu können.
Wir fordern ein Wahlrecht „ab Geburt“, bei dem die Eltern für jedes minderjährige Kind eine zusätzliche Stimme für jede Wahl bekommen.

Treten Sie für eine familiengerechte Reform des Wahlrechts ein?
Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Interessen von Familien in demokratischen Entscheidungsprozessen stärker zu berücksichtigen?

7. Lebensräume für Familien

Familien greifen mit Ihrer Entscheidung für Kinder weit in die Zukunft hinein. Sie wünschen jetzt und künftig gesunde Lebensmittel und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie sorgen sich um unser Klima, das durch die Schädigung der Ozonschicht der Erde verändert wird. Familien fragen sich, wie mit der Atomenergie in unserem Land zukünftig umgegangen wird.

In der politischen Diskussion auch im Bundestagswahlkampf 2005 steht die Frage, ob der gefundene Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie Bestand hat. Die eingeleitete Agrarwende, nach der der Anteil an biologisch hergestellten Nahrungsmitteln kontinuierlich steigen soll, ist in Frage gestellt. Die Frage, wie intensiv erneuerbare Energien gefördert werden, ist ein strittiges Thema zwischen den Parteien. Schließlich wird diskutiert, ob die strenge Regelung zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen aufgeweicht wird.

Wie stehen Sie zum Ausstieg aus der Atomenergie?
Welche Regelungen befürworten Sie für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen?
Welche Position vertreten Sie hinsichtlich erneuerbaren Energien?
Welche Vorstellungen haben Sie darüber hinaus, um auch den zukünftigen Generationen eine intakte Lebensumwelt und damit Familienlebensräume zu erhalten?